



Verfassungswidrige Zwangsmassnahmen - wir werden energisch Widerstand leisten!

Sehr geehrte Damen und Herren

Kaum hat der Bundesrats dank zahlreichen Versprechungen und Falschaussagen die Abstimmungen zur Covid-Verschärfung «gewonnen», bricht er erneut seine Versprechungen mit der Ankündigung neuer Zwangsmassnahmen.

Die neu geplanten Zwangsmassnahmen stellen eine beispiellose Eskalation dar und verstärken die bestehende Spaltung der Gesellschaft massiv.

Insbesondere die Zertifikatspflicht für private Treffen mit mehr als 10 Personen greift direkt in ein höchstpersönliches, elementares und unentziehbares Grundrecht der Menschen ein: Der Freiheit, sich in den eigenen vier Wänden zu versammeln. Wir vermuten auch, dass diese Zwangsmassnahme ein direkter Versuch ist, die Bürgerrechtsbewegung und damit die Opposition zum Bundesrat zu schwächen.

Ebenfalls wehren wir uns gegen jede Zwangsmassnahme, welche die Erwirtschaftung des Lebensunterhalts für «Ungeimpfte» erschwert und sportliche Aktivitäten tw. faktisch verunmöglicht. Als (im übrigen überwiegend «geimpfte») Bürgerrechtler ist für uns die Vorstellung, einzelne Personen aufgrund eines Impfstatus zu diskriminieren, unerträglich. Ebenfalls sehen wir nicht ein, wie das Erschweren von sportlichen Aktivitäten netto eine positive Auswirkung auf die Gesundheit der Menschen haben soll. Auch zeigen die Vorschläge des Bundesrats, dass es ihm eher um die Schikane von «Ungeimpften» geht als um Gesundheitsschutz. Dies wäre ein indirekter Impfwang, was grundlegend mit elementaren Grundrechten und internationalen Usanzen (u.a. dem «Nürnberger Kodex», nach welchem die Teilnahme an einer experimentellen Behandlung ohne Druck erfolgen soll) kollidiert.

Wir erachten diese erneute Zwangsmassnahme als nicht vereinbar mit der Schweizerischen Bundesverfassung und damit als rechtswidrig, illegitim und zutiefst unmoralisch. Es ist einer freien Schweiz nicht würdig.

Wir fordern hiermit die ganze Bevölkerung dazu auf, sich für die durch die Bundesverfassung garantierten Grundrechte einzusetzen.

Die Gesamtsituation und das Verhalten des Bundesrats ist für uns ein erneuter Beweis, wie dringend nötig unser Engagement ist.

MASS-VOLL!
6003 Luzern
Schweiz



Wir werden in den nächsten Tagen weitere Schritte ankündigen, wie wir gegen die Politik des Bundesrats weiter vorgehen werden und wie wir auf seine einseitige Eskalation reagieren.

Unser Ziel bleibt weiterhin die politische Erneuerung der Schweiz und eine Stärkung der unveräusserlichen Bürger- und Freiheitsrechte. Für dieses Ziel setzen wir uns kompromisslos ein.

Dies in der inneren Überzeugung, dass, wer auf Seite der Freiheit steht, sich auf der richtigen Seite der Geschichte befindet.

Nicolas A. Rimoldi, Jugendbewegung MASS-VOLL!